



Dienstag, 7. August 2018

PM Foka 2018-04

3385 Zeichen incl. Leerzeichen

**Forstkammer
Baden-Württemberg**
Waldbesitzerverband e.V.
Tübinger Straße 15
D-70178 Stuttgart
Telefon: 0711/236 47 37
Telefax: 0711/236 11 23
E-Mail: info@foka.de
Internet: www.foka.de

Zukunft für den Privatwald – Forstkammer fordert Maßnahmenpaket

Klimawandel, Forstreform und erhöhte Anforderungen an die Gemeinwohlleistungen – Themen, die den privaten Waldeigentümern im Land große Sorgen bereiten. Die Forstkammer Baden-Württemberg fordert, dass sie damit nicht alleine gelassen werden. „Hier sind Bund und Länder in der Pflicht“, mahnt Roland Burger, Präsident der Forstkammer Baden-Württemberg. „Die Änderungen der Forststrukturen im Land müssen jetzt dazu genutzt werden, die Unterstützung für die privaten Waldeigentümer an die derzeitigen Herausforderungen anzupassen.“ Jüngst hat der Ausschuss der Forstkammer ein Maßnahmenpapier „Zukunft für den Privatwald“ verabschiedet, das ein Bündel an Maßnahmen zur Überwindung der derzeitigen und sich abzeichnenden Herausforderungen definiert und den insgesamt nötigen Finanzbedarf beziffert.

Lange Forstreform führt zu Verunsicherung

„Die privaten Waldeigentümer in Baden-Württemberg sehen sich aktuell mehreren großen Herausforderungen ausgesetzt“, gibt Roland Burger, Präsident der Forstkammer zu bedenken. „Die Forstreform führt für viele engagierte Forstbetriebe zu erheblichen Kostensteigerungen. Die Holzvermarktungsstrukturen müssen weiterentwickelt werden, um zukünftig ohne den Staatswald die immer größer werdende Distanz zwischen kleinteiligem Holzangebot und großen Holzkonzernen zu überbrücken.“

Klimawandel – nicht nur in diesem Jahr spürbar

Wie derzeit besonders zu spüren, treffen klimatische Veränderungen den Wald mit seinen langfristigen Wachstumsprozessen in besonderer Weise. „Steigende Temperaturen, zunehmende Dürreperioden und häufigere Wetterextreme schädigen die Wälder direkt, begünstigen Insektenkalamitäten und die Ausbreitung neuer Schädlinge“, führt der Präsident aus. „Auch in diesem Jahr erhalten wir aus allen Landesteilen wieder die Rückmeldung, dass die Trockenschäden und deren Folgen deutlich sichtbar werden. Noch ist das Ausmaß nicht abschätzbar.“

Geschäftsführer:
Jerg Hilt

Steuernummer:
99019/20357

Bankverbindung:
Südwestbank Stuttgart
IBAN: DE69 6009 0700
0634 3410 06
BIC: SWBSDDESS

Postgiroamt Stuttgart
IBAN: DE87 6001 0070
0048 8887 06
BIC: PBNKDEFF



Gemeinwohlleistungen vermehrte Belastung

Seite 2 von 4

Und auch ein anderes Thema beschäftigt die Waldeigentümer: „Der Nutzungsdruck durch die Freizeitgestaltung der Bevölkerung nimmt seit Jahren kontinuierlich und unabhängig von der Waldbesitzart zu“, so Burger. „Verschiedenste Freizeitformen, wie die Anlage von Singletrails für Mountainbikes oder das Fahren mit Segways und anderen motorisierten Fortbewegungsmitteln, gehen inzwischen deutlich über das walddesetzlich legitimierte Betretungsrecht hinaus“, gibt er zu bedenken. „Und trotz des insgesamt guten und stabilen Zustands der Biodiversität im Wald werden von den privaten Eigentümern unter der Überschrift der Gemeinwohlverpflichtung beständig weitere Maßnahmen gefordert, die zu Einschränkungen und zusätzlichen Kosten führen“, fügt er eindringlich hinzu.

„Es besteht dringender Handlungsbedarf!“, mahnt der Präsident. Auch, weil noch immer nicht klar sei, wie die Waldbesitzenden im Land in Zukunft unterstützt würden - das neulich vom MLR vorgelegte Modell zur Forstreform in Baden-Württemberg ließ diesen Punkt offen. „Das muss sich dringend ändern“, fordert der Präsident der Forstkammer. „Das Papier ‚Zukunft für den Privatwald‘ soll als Grundlage für die weiteren Diskussionen über die zukünftige Förderpolitik für den Privatwald dienen.“

Das vollständige Programm „Zukunft für den Privatwald“ ist der Anlage zu entnehmen und auf der Homepage der Forstkammer (www.foka.de) verfügbar.

Ergänzende Informationen:

Konkret enthält das Programm „Zukunft für den Privatwald“ folgende Maßnahmenpakete:

1. Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse in Baden-Württemberg

Aufgrund der Separierung des Staatswaldes, der Einstellung der staatlichen Holzverkaufsdienstleistung und der bestehenden kartellrechtlichen Verpflichtungen des Landes ist die Stärkung der Zusammenschlüsse in den nächsten Jahren eine vorrangige forstpolitische Aufgabe. Dabei ist es das Ziel, dass mittelfristig die Holzvermarktung im Nichtstaatswald in der Regel von privaten und körperschaftlichen Kooperationen organisiert wird. Hierfür sind neue Förderansätze und der Abbau rechtlicher Hemmnisse notwendig.

Insgesamt besteht in den nächsten zehn Jahren für diese Maßnahmen ein Finanzbedarf von 80 Millionen Euro.

2. Stärkung der Beratung der Waldbesitzenden

Die kostenfreie forstfachliche Beratung ist und bleibt auch in Zukunft eine zentrale Maßnahme zur Unterstützung der privaten Waldbesitzenden und trägt zur Stärkung der nachhaltigen Forstwirtschaft im Privatwald bei. Bislang wird der Aufwand für die Beratung aber häufig deutlich unterschätzt. Zukünftig wird es noch wichtiger werden, dass Beratende auf bewirtschaftungsferne Waldeigentümer



aktiv zugehen. Hierzu muss die forstliche Officialberatung personell und organisatorisch gestärkt werden.

Seite 3 von 4

Für die Beratung im Privatwald besteht ein jährlicher Finanzbedarf von 10 Millionen Euro.

3. Sicherstellung der Waldpflege im Kleinprivatwald

Um die nachhaltige Waldpflege des Kleinprivatwaldes zu unterstützen und den Wegfall der indirekten Förderung durch vergünstigte Dienstleistungsgebühren zu kompensieren, werden forstpolitische Instrumente benötigt, die der Problematik der Kleinstrukturiertheit Rechnung tragen. Im Kleinprivatwald wird daher auch in Zukunft eine fallweise Unterstützung durch institutionelle Förderung sinnvoll sein. Darüber hinaus ist die Förderung von Bewirtschaftungsverträgen erforderlich, die Kleinprivatwaldbesitzende bis 200 ha mit forstlichen Dienstleistern abschließen. Die Dienstleistungskosten für die Waldbesitzenden können auf diese Weise auf dem bisherigen Niveau gehalten werden.

Für die Sicherstellung der Waldpflege werden jährlich 6 Millionen Euro benötigt.

4. Gemeinwohlausgleich für öffentliche Leistungen

Die Privatwaldbesitzenden übernehmen auf 35 % der Landeswaldfläche Verantwortung für die multifunktionale und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Öffentliche Leistungen der Waldbesitzenden, die über die Waldpflege und Bewirtschaftung hinaus gehen, müssen entsprechend der Aussagen des Koalitionsvertrags der Landesregierung öffentlich finanziert werden – unabhängig von der Betriebsgröße. Hierzu bedarf es neben der Fortführung der bestehenden waldbaulichen Fördermaßnahmen eines umfassenden Vertragsnaturschutzprogrammes.

Der Finanzbedarf für diesen Bereich beträgt 6 Millionen Euro pro Jahr.

5. Klimaanpassung und Kalamitätsprävention

Die aktuellen Waldschäden in Niedersachsen, Bayern und Österreich führen die Notwendigkeit vor Augen, die Wälder an den Klimawandel anzupassen und die Vorsorge für Kalamitäten zu verbessern. Hierzu muss in erster Linie der klimagerechte Waldumbau konsequent fortgeführt werden, wobei auch der Anbau standortangepasster, klimaresistenter Baumarten außerhalb des bisherigen Baumartenspektrums zielführend ist. Zur Vorbereitung für großflächige Schadereignisse ist, ergänzend zu den bestehenden Maßnahmen des integrierten Waldschutzes, die gezielte Anlage zentraler Nasslager erforderlich. Außerdem sollte die Information und Schulung der Waldbesitzenden zu den Themen Klimawandel und Schadensprävention gestärkt werden.

Für diesen Bereich werden insgesamt rund 8 Millionen Euro pro Jahr benötigt.

6. Förderung der forstfachlichen Bildung und Prävention

Ein umfassendes forstliches Fortbildungsangebot spielt eine wichtige Rolle für den Know-How-Transfer und die Stärkung einer kompetenten Bewirtschaftung der privaten Wälder. Außerdem wird dadurch ein wichtiger Beitrag zur Unfallprävention und Arbeitssicherheit im Privatwald geleistet. Für Hofnachfolger forstlicher Betriebe wird ein ausreichendes Angebot von Ausbildungsplätzen benötigt.

Für diese Aufgaben werden in den nächsten zehn Jahren 10 Millionen Euro benötigt.



7. Kampagne für Gemeinschaftswälder

Auf freiwilliger Basis gebildete Gemeinschaftswälder mit ideellen Eigentumsanteilen bieten eine gute Möglichkeit, um Strukturnachteile im Kleinprivatwald zu überwinden und gleichzeitig das breit gestreute Waldeigentum aufrecht zu erhalten. Verschiedene Realgenossenschaften in Baden-Württemberg zeigen das große Potenzial derartiger Organisationen. Durch eine gezielte Kampagne könnten diese Ansätze auch in anderen Fällen mehr verwirklicht werden. Hierfür werden in den nächsten zehn Jahren 10 Millionen Euro benötigt.

Das vollständige Programm „Zukunft für den Privatwald“ ist der Anlage zu entnehmen.

Über uns:

Die Forstkammer Baden-Württemberg vertritt die Interessen der privaten und kommunalen Waldbesitzenden des Bundeslandes. In ihrem Eigentum sind $\frac{3}{4}$ der Waldfläche von Baden-Württemberg, insgesamt über 1 Million Hektar.